



BORIS PALMER

Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg  
Fraktion GRÜNE

Boris Palmer MdL, Konrad-Adenauer-Str. 12, 70173 Stuttgart

70173 STUTTGART  
Konrad-Adenauer-Str. 12  
Telefon (0711) 20 63-691  
Telefax (0711) 20 63-660  
boris.palmer@gruene.de  
www.boris-palmer.de

Stuttgart, den 16.01.2007

## Pressemitteilung

### **Angriff auf Klimaschutz und Oberzentrum Reutlingen-Tübingen**

#### **Boris Palmer: Kürzungen im Bahnverkehr sind falsch und vermeidbar**

Der Tübinger Grünen-Abgeordnete Boris Palmer zeigt sich empört über die heute bekannt gewordenen konkreten Kürzungspläne der Landesregierung im Bahnverkehr auf der Strecke Tübingen-Reutlingen-Stuttgart.

Nach einem Berichte der Stuttgarter Zeitung soll von dem beschlossenen Kürzungsvolumen ein Zehntel auf der Eisenbahnstrecke von Tübingen nach Stuttgart erbracht werden: 216000 Zugkilometer pro Jahr von insgesamt 2,5 Millionen. Dazu Palmer: „Der König von Württemberg bestrafte die Reutlinger im 19. Jahrhundert für unbotmäßiges Verhalten in der 48er-Revolution mit langen Jahren ohne Anschluss an die Eisenbahn. Die Tübinger wurden mit in Haftung genommen. Nun sieht es ganz so aus, als sollten die Reutlinger für unbotmäßiges Wahlverhalten der Tübinger mit bestraft werden.“

Für Palmer ist es völlig absurd, wenn die Eisenbahnstrecke mit der höchsten Auslastung und dem geringsten Zuschussbedarf im ganzen Land den größten Teil der Kürzungen hinnehmen muss: „Wenn das Land das umsetzt, entfällt auf der Relation Tübingen-Stuttgart jeder zehnte Zug, während zum Beispiel der so genannte Ringzug in der Heimatregion Erwin Teufels fast ungeschoren davon kommt, obwohl auf unserer Strecke pro Zug fast zehnmal mehr Fahrgäste unterwegs sind. Das ist eine himmelschreiende Ungerechtigkeit.“

Die Kürzungen im Eisenbahnverkehr sind ein Folge der Sparbeschlüsse der großen Koalition in Berlin. Palmer ist jedoch der Auffassung, dass sie Kürzungen vollständig vermeidbar sind: „Das Land will pro Jahr 15 Millionen Euro beim Eisenbahnverkehr einsparen. Im Entwurf für den Landeshaushalt sind im Jahr 2007 mit 14 Millionen Euro und im Jahr 2008 mit 40 Millionen Euro Ausgaben für Stuttgart 21 vorgesehen, die völlig ausreichen, um alle Züge im Land zu erhalten. Da im Jahr 2007 mit Sicherheit kein Geld mehr für Stuttgart 21 notwendig ist, fordere ich die Landesregierung auf, diese Mittel im laufenden Jahr für den Eisenbahnverkehr

einzusetzen und die Entscheidung über Kürzungen bis zur Entscheidung über Stuttgart 21 auszusetzen.“

Für dieses Vorgehen spricht für Palmer nicht nur die anziehende Konjunktur, die den Berufsverkehr und damit die Nachfrage für den Bahnverkehr verstärkt, sondern auch der schlecht verhandelte Vertrag mit der Bahn: „Wenn das Land dieses Jahr 2,1 Millionen Zugkilometer streicht, und dieselbe Leistung im Jahr 2008 wieder bestellt, dann muss es laut Vertrag pro Jahr 5 Millionen Euro mehr bezahlen, als wenn die Leistung dauerhaft erhalten bleibt. Es wäre ein Schildbürgerstreich, der Bahn das Geld so in den Rachen zu werfen.“

Palmer appelliert auch an die Landesregierung, ihren Schwüren auf den Klimaschutz nun endlich Taten folgen zu lassen: „Ministerpräsident Oettinger muss zeigen, dass seine Regierungserklärung zu Beginn der Legislaturperiode nicht nur aus Lippenbekenntnissen zum Umweltschutz bestand. Wenn er die Kürzungen im Bahnverkehr in letzter Minute abwendet, wäre das ein gutes Signal für den Klimaschutz im Land.“

Aus Sicht der Region Neckar-Alb merkt Palmer überdies an, dass die alltäglichen Staus auf der B 27 auf absehbare Zeit einen Engpass darstellen, der mit der Eröffnung der Neuen Messe noch schlimmer zu werden droht: „Wenn der Straßenraum nicht ausreicht, darf man keine Züge streichen, die auf derselben Strecke für Entlastung sorgen.“